

Gebühren fürs Anwohnerparken: DUH fordert drastische Erhöhung!

Die Deutsche Umwelthilfe fordert höhere Gebühren für Anwohnerparkausweise in Schleswig-Holstein, um Mobilitätswende zu fördern.

Schleswig, Deutschland - Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert eine Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparkausweise in Schleswig-Holstein. Derzeit dürfen die Kommunen maximal 30,70 Euro pro Jahr erheben. Der Geschäftsführer der DUH, Jürgen Resch, argumentiert, dass eine Anpassung der Parkgebühren notwendig sei, um eine Mobilitätswende zu unterstützen und eine gerechtere Verteilung des öffentlichen Raums zu fördern. In elf Bundesländern wurde bereits die bis 2020 geltende Obergrenze aufgehoben, und die DUH schlägt eine Mindestgebühr von 360 Euro pro Jahr für Anwohnerparkausweise vor, wie [ndr.de](#) berichtet.

Aktuelle Daten zeigen, dass immer mehr Städte in Deutschland die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen. In einer bundesweiten Abfrage unter 107 Städten hat die DUH festgestellt, dass 66 dieser Städte weniger als 31 Euro pro Jahr verlangen. Die Anzahl der Städte mit erhöhten Gebühren stieg von 13 auf 41 seit der letzten Umfrage im Jahr 2022. Obwohl zwei Drittel der 66 Städte in der Lage wären, angemessene Gebühren festzulegen, geschieht dies nicht. Jürgen Resch kritisiert die niedrigen Gebühren und fordert eine Anhebung, um die Mobilitätswende voranzutreiben. Während Berlin mit 10,20 Euro pro Jahr die niedrigsten Gebühren hat, verlangen Städte wie Bochum, Düsseldorf, Bielefeld und Bremerhaven zwischen 17 und 26 Euro. Münster legt die Gebühren auf 260 Euro fest,

während Bonn mit 360 Euro den Spitzenwert erreicht, wie duh.de berichtet.

Markante Unterschiede in den Gebührenstrukturen

Die DUH fordert zudem eine gestaffelte Gebührenerhöhung für große SUVs und andere große Fahrzeuge, um die Einnahmen für den Ausbau von Bus, Bahn sowie Rad- und Gehwegen zu verwenden. Ein Beispiel hierfür ist Koblenz, wo die Gebühren linear nach Autogröße steigen. Im internationalen Vergleich schneiden die deutschen Gebühren jedoch niedrig ab: In Stockholm betragen die Kosten bis zu 1.309 Euro, in Riga 1.020 Euro und in Amsterdam 567 Euro. Außerdem fordert die DUH Rabatte für Familien und einkommensschwache Haushalte bei künftig festzulegenden Gebühren.

Details	
Ort	Schleswig, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ndr.de• www.duh.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de